Volkswirthschaftliches.

Alle für diesen Theil bestimmten Sendungen sind zu richten an den verantwortlichen Redacteur desselben [illegible] in Leipzig. — Sprechzeit: nur von 10—11 Uhr Vorm. und von 4—5 Uhr Nachm.

Telegramme.

* **Frankfurt a. M.**, 24. November. Die „Frkf. Ztg." meldet aus Basel: Der Prospect für die Conversion der 4procentigen schweizerischen Centralbahn-Prioritäten von 1883 erscheint am Dienstag. Von den insgesammt aufzugebenden 30 Mill. Francs neuer 3½proc. Prioritäten hat der Basler Bankverein, die Basler Handelsbank und die Basler Depositenbank 28 Millionen übernommen. Die Anmeldungen zur Conversion finden vom 27. November bis zum 4. December statt, die Baarsubscription erfolgt am 4. December. Für die Conversion und die Baarsubscription ist der Cours auf 100 Proc. festgesetzt worden.

* **Brüssel**, 24. November. Die Regierung hat die Aufhebung des bisherigen Einfuhrzolles auf ausländisches Roheisen beschlossen. (Voss. Ztg.)

* **Washington**, 24. November. Der Staatssecretair des Auswärtigen, Gresham, und der japanische Gesandte unterzeichneten den Handelsvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Japan. Derselbe soll demnächst dem Senate zur Ratification vorgelegt werden.

Deutscher Handelstag.

Fr. Berlin, 23. November. Der Ausschuß des deutschen Handelstages setzte heute seine Berathungen fort. Von der Handelskammer zu Cassel war, wie bereits erwähnt, ein Antrag betreffs Förderung des Ausfuhrhandels gestellt worden. Dieser Antrag besagt etwa: 1) „Die deutschen Consuln sollen monatlich einen Bericht erstatten, welcher eine Darstellung des thatsächlichen Wirthschaftszustandes des Consulatsbezirkes enthält, sowie insbesondere über die Geschäftslage, die Ein- und Ausfuhr der wichtigsten Waarenartikel, das Verhältniß zwischen Angebot und Nachfrage, die Zahlung und Creditverhältnisse über Frachttarife, über die Concurrenz des Auslandes, über die jeweiligen Schiffsgelegenheiten, die Zahl der ansässigen Fremden, die etwa bei diesen eintretenden Veränderungen, über den jeweiligen Stand der Production, über die Aufnahme- und Absatzfähigkeit des Consulatsbezirks, über die Arbeitslöhne, den jeweiligen Stand der Preise, den Umfang des deutschen Handels im Consulatsbezirk rc. Ferner muß der Bericht ein Urtheil enthalten über die Aussichten, welche sich dem deutschen Handel jeweils im Consulatsbezirk eröffnen. 2) Sollte den Consuln durch ihre anderweite Amtsthätigkeit nicht genügend Zeit zu solch' ausführlicher Berichterstattung zu Gebote stehen, so sind besondere volkswirthschaftliche und kaufmännisch gebildete Berichterstatter den Consuln beizugeben, deren Hauptaufgabe in der genauesten Erforschung des Marktes besteht. 3) Aus der Zahl der im Consulatsbezirk ansässigen deutschen Firmen hat der Consul einen Beirath zu bilden, welcher denselben durch seine Kenntnisse und Erfahrungen unterstützt. 4) Die monatlich zu erstattenden Berichte sind durch Vermittelung des Handelsministeriums den Handelskammern zu übersenden, die sie zur Kenntniß derjenigen Firmen bringen, welche mit dem betreffenden Lande in geschäftlicher Beziehung stehen und die Gewähr bieten, daß jede mißbräuchliche Benutzung des Berichts ausgeschlossen ist. 5) Die Jahresberichte der deutschen Handelskammern, soweit sie sich auf Darstellung der Geschäftslage und auf den Verkehr des Handelskammerbezirks mit dem Auslande beziehen, sind alljährlich im Handelsministerium oder im Reichsamt des Innern zu einem Gesammtbericht über die deutsche Wirthschaftsthätigkeit, unter besonderer Berücksichtigung der Ausfuhrverhältnisse, zu verarbeiten und den Consulaten zu übermitteln." — Der Ausschuß beschloß nach längerer Debatte: die Handelskammer zu Cassel zu ersuchen, anzugeben, welche anderen Mitglieder des Handelstages ihren Antrag unterstützt haben, und ihr mitzutheilen, daß der Antrag im Ausschuß keine Unterstützung gefunden habe und von der Berathung desselben im Plenum ein Erfolg nicht erwartet würde.

Ueber das ebenfalls bereits gestern erörterte Thema, betreffend die Erweiterung der Unfallversicherung, wurde folgender Beschluß gefaßt: „Der Ausschuß des deutschen Handelstages sieht sich nicht berufen, über den nur eine Aenderung der bestehenden Unfallversicherungsgesetze bezweckenden Entwurf Beschlüsse zu fassen, weil der Entwurf ausschließlich zur Competenz der Berufsgenossenschaften gehört. Ebenso wenig kann der Ausschuß in eine Berathung über Ausdehnung des Versicherungszwangs auf die Betriebe im Handwerk, in der Fischerei und der Küstenschifffahrt eintreten, da auch über diese in erster Linie die Betheiligten zu urtheilen berufen seien. Betreffs der Handelsgewerbe beschließt der Ausschuß, den Gegenstand auf die Tagesordnung der nächsten Plenarversammlung zu setzen und der Versammlung folgende Resolution zur Annahme zu empfehlen: „Der deutsche Handelstag erklärt die Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Handelsgewerbe, in welchem die Gehilfen und Lehrlinge besonderen Unfallsgefahren nicht ausgesetzt sind, betreffs der etwaigen Unfallversicherungspflichtigen für vollständig überflüssig. Betreffs der Unternehmer erblickt der Handelstag darin nichts weiter als eine denselben auferlegte Last, welcher keine entsprechende Wohlthat für die Angestellten gegenübersteht."

Der Antrag der Handelskammer zu Chemnitz auf Aenderung des §. 15 des Wechselstempel-Gesetzes wurde von dem Geh. Commerzienrath Vogel (Chemnitz) zurückgezogen. — Der Handelskammer Bromberg, welche beantragt hatte, je einen Vertreter einer kleinen Handelskammer des Ostens und des Westens in den Ausschuß zu wählen, wurde anheimgegeben, diesen Antrag in der Plenarversammlung zu stellen. — Die Handelskammer zu Wiesbaden hatte beantragt, dafür zu wirken, daß der Doppelbesteuerung, die durch das Communalabgaben-Gesetz eingeführt sei, ein Ende gemacht werde. Der Ausschuß beschloß nach längerer Berathung: unter Uebersendung des Protocolls an den Staatssecretair des Innern und an den preußischen Finanzminister die Bitte zu richten: noch vor dem 1. April 1895, d. h. vor dem Inkrafttreten des Communalabgaben-Gesetzes, den Erlaß eines Reichsgesetzes anzuregen, durch welches die gegenwärtige Doppelbesteuerung deutscher Reichsangehöriger von nichtpreußischem, oder deutschem Grundbesitz und Gewerbe beseitigt wird.

Die von der Handelskammer Gießen beantragte Annahme eines gleichmäßigen Formats für die Jahresberichte der Handelskammern wurde für eine Berathung im Plenum nicht geeignet erklärt.

Die Handelskammer Hagen hatte beantragt: eine Abänderung des §. 136 der Gewerbeordnung insofern zu bewirken, daß bei jugendlichen Arbeitern, die des Vor-, bezw. Nachmittags nicht länger als 3½ Stunden beschäftigt werden, die vorgeschriebene Arbeitspause, als nicht erforderlich, in Wegfall komme. Der Ausschuß beschloß, diesen Antrag dringend zu befürworten. — Ein Antrag der Handelskammer Heidelberg, betreffend Schaffung einer Einrichtung zwecks Uebermittelung ganz kleiner Geldbeträge und anderer Eingänge, wurde als undurchführbar erklärt. — Die nächste Plenarversammlung des deutschen Handelstages wird voraussichtlich im Januar 1895 in Berlin stattfinden.

Nachdem noch einige Interna erledigt worden waren, wurde die Ausschußsitzung geschlossen.

Vermischtes.

r. Oschatz, 24. November. Während der hiesige Gewerbeverein in seiner letzten Sitzung gegen eine Stimme beschlossen hat, die Petition, die Errichtung einer Handels- und Gewerbekammer in Döbeln betreffend, zu unterstützen, haben die hiesigen Innungsverbände am 20. d. M. beschlossen, sich an der erwähnten Petition nicht zu betheiligen und zwar aus folgenden Gründen: 1) Weil kein wirkliches Bedürfniß vorliegt —; die abwartende Stellung bezüglich der in Aussicht stehenden baldigen Einrichtung von Handwerkerkammern einzunehmen; 2) einem größeren Geldaufwande aus dem Wege zu gehen, weil befürchtet wird, daß von dem großen Vermögen der betreffenden Handels- und Gewerbekammern auf die Kopfzahl der in den abzutrennenden Bezirken seßhaften Mitglieder entfallende Vermögensantheil nicht abgetreten wird, und 3) weil die jetzigen Handels- und Gewerbekammern sich noch nicht wegen Ueberbürdung beschwert haben. Dieser Beschluß ist besonders deshalb interessant, weil die Innungsvorstände zumeist auch Mitglieder des Gewerbevereins sind.

n. Nossen, 23. November. Im „Stadt Dresden" beschloß am 16. d. M. eine stattliche Anzahl von Interessenten für die Herstellung von Fernsprechanlagen, als Ziel die Herbeiführung von Fernsprechnetzen in Hainichen, Frankenberg, Roßwein, Nossen und Deutschenbora in der Weise zu erstreben, daß diese Netze unter sich zu einem Systeme verbunden werden, indem für Gespräche keine besonderen Zuschläge außer der festen jährlichen Grundtaxe zu zahlen sein würden. Nach außen hin soll der Anschluß mit Döbeln, Freiberg und Meißen gemeinsam angestrebt werden, um die Gespräche mit Dresden, Leipzig, Chemnitz und Berlin möglichst zu erleichtern. Die Commission, welche die Angelegenheit fördern soll, besteht aus den Herren Bürgermeister Dr. Huber-Roßwein, Dr. Calberla-Hirschfeld und Buchdruckereibesitzer Henkel in Nossen.

B. Pirna, 23. November. Gleich dem zur Lawine werdenden Schneeball, häuft sich von Tag zu Tag die Anklage gegen die hinter Schloß und Riegel sitzenden Vereinsbank-Directoren, womit natürlich noch eine stetige Steigerung der in der Stadt herrschenden Aufregung verbunden ist, da in der That heillose Dinge geschehen sind. So hörte man heute wieder von den Ergebnissen der bei Director Weiß vorgenommenen gerichtlichen Haussuchung, wobei ungedeckte Wechsel in beträchtlicher Menge aufgefunden wurden, wie überhaupt die Enthüllungen über das Gebahren der Bankleitung im Wechselgeschäft geradezu Unglaubliches zu Tage fördern. Leider verstärkt sich hierdurch nun auch die schreckliche Befürchtung, daß nicht nur das 1 Million betragende Actiencapital der Bank verloren ist, sondern daß auch das Capital der Einleger gefährdet erscheint — eine Aussicht, die für Pirna natürlich so betrübend als möglich ist, da dann unzweifelhaft noch weitere verhängnißvolle Consequenzen des Bankkrachs sich geltend machen werden. — Bezüglich des schon berichteten Selbstmordes des zur Bankkatastrophe in naher Verbindung stehenden Fabrikbesitzers Emilian Meyer zu Hütten bei Königstein ist noch mitzutheilen, daß dem Genannten die Verhaftung unmittelbar bevorstand. Das Bankconto Meyer's hatte, wie man jetzt vernimmt, nahezu 1 Million Mark erreicht, eine geradezu schwindelhafte Höhe, betreffs deren zur Zeit noch jedes Verständniß fehlt.

*— **Vereinsbrauerei zu Greiz.** Im Jahre 1893/94 wurden 37 321,74 hl gegen 37 245,82 hl im Vorjahre verkauft. Der Bruttogewinn beträgt 134 318,36 ℳ. Die Leistungsfähigkeit des Etablissements ist durch die verschiedenen maschinellen Neuanschaffungen wesentlich erhöht worden. Am 3. August d. J. wurde die Gesellschaft von einem Brandunglück heimgesucht; das derselben gehörige Restaurations-Etablissement „Grimm's Local" in Greiz brannte bis auf die Umfassungsmauern nieder. Das Object war versichert und wird dasselbe wieder aufgebaut werden. Der Neubau, der den zu Tage getretenen Bedürfnissen und der örtlichen Lage zu entsprechen hat, wird naturgemäß einen wesentlich höheren Aufwand erfordern, als die erhaltene Versicherungssumme beträgt. Die Abschreibungen wurden auf 43 766,37 ℳ festgesetzt, außerdem sollen erhalten: Aufsichtsrath, Vorstand und Braumeister als Tantième 14 941,08 ℳ und die Actionaire 10 Proc. Dividende gleich 64 000 Mark, während auf „Grimm's Local" eine Extra-Abschreibung von 10 000 ℳ stattfinden und dem Dividenden-Reservefonds der Betrag von 1610,91 ℳ überwiesen werden soll.

*— **Nordhäuser Actienbierbrauerei vormals Gebr. Forstemann.** Nach Beschluß der General-Versammlung gelangt der sich für das Jahr 1893/94 im Betrage von 36 656,65 ℳ ergebende Reingewinn folgendermaßen zur Vertheilung: dem Reservefonds 1819,98 ℳ, Tantièmen dem Vorstand 2729,96 ℳ, desgleichen dem Aufsichtsrath 1819,98 ℳ, Gratificationen 2209,98 ℳ, 8 Proc. Dividende gleich 24 000 ℳ, dem Special-Reservefonds 2500 ℳ, Vortrag auf neue Rechnung 1576,75 ℳ.

*— **Actien-Brauerei Hildburghausen.** Für das Jahr 1893/94 gelangt eine Dividende von 48 ℳ pro Actie zur Vertheilung.

△ **Berlin**, 23. November. Abgesehen von einer Reihe von Erweiterungen bestehender Kleinbahnunternehmungen, sowie von dem Uebergange vom Pferde- zum Kleinbahnbetriebe, vornehmlich zum Betriebe mit Elektricität, hat sich in den ersten beiden Jahren seit dem Inkrafttreten des Kleinbahngesetzes die Zahl der concessionirten Kleinbahnunternehmungen um beinahe 50 Proc. vermehrt, von denen allerdings eine Anzahl von Linien erst in der Ausführung begriffen ist. Dabei handelt es sich, abweichend von der bisherigen Entwickelung, welche sich auf Trambahnen für den großstädtischen Personenverkehr beschränkte, überwiegend um auch dem Güterverkehr dienende Bahnen von Ort zu Ort, größtentheils mit der Zweckbestimmung, bisher mit Bahnverbindung nicht ausgestattete Orte und Gegenden an das allgemeine Eisenbahnnetz anzuschließen. Beträchtlich größer ist noch die Zahl der schwebenden Kleinbahnpläne. Kämen alle bei den Behörden bereits anhängigen Pläne zur Ausführung, so stünde nahezu eine Verdoppelung der Zahl sämmtlicher bisher vorhandenen Kleinbahnen in Aussicht. Ob dies aber der Fall sein wird, hängt, soweit ersichtlich, vornehmlich davon ab, wie die vielfach vorhandenen Schwierigkeiten der Finanzirung sich überwinden lassen werden. — Wenn in dieser Hinsicht auch wenigstens zum Theil durch die Beschlüsse der Provinziallandtage über die finanzielle Förderung der Kleinbahnen, welche in dem Novemberheft der „Zeitschrift für Kleinbahnen" übersichtlich zusammengestellt sind, die Entwickelung des Kleinbahnwesens beträchtlich erleichtert werden wird, so hängt es doch ohne Zweifel mit der finanziellen Seite der Sache zusammen, daß die Fortschritte auf diesem Gebiete sehr ungleich geblieben sind und keineswegs parallel mit den Verkehrsbedürfnissen laufen. So bleiben gerade die verkehrsschwächeren Ostprovinzen mit Ausnahme von Pommern und des Regierungsbezirks Bromberg trotz der Förderung, welche in einer Reihe von Fällen gerade in diesen Provinzen Kleinbahnen durch die dem Minister für Landwirthschaft, Domainen und Forsten zur Verfügung stehenden Dispositionsfonds zu Theil werden konnte, weit hinter dem übrigen Lande in der Entwickelung der Kleinbahnen zurück. Aehnlich steht es wenigstens zum Theil auch in denjenigen Provinzen, in denen die Bewegung eine etwas lebhaftere ist. Auch hier bleiben die verkehrsschwächeren Landestheile gegen die an sich schon besser gestellten meist recht sehr zurück. Wenn deshalb auf diesem Verkehrsgebiete auch mancher recht befriedigender Erfolg erzielt ist, so ist die Entwickelung doch noch keineswegs eine so gleichmäßig kräftige, wie dies im Verkehrsinteresse nothwendig erscheint.

*— **Neuregelung der Börsenverhältnisse.** Die „Frankfurter Zeitung" schreibt: Die im Reichsamt des Innern ausgearbeiteten „Grundzüge" für eine Börsenreform scheinen durch die Einwendungen von Delegirten der Bundesstaaten, zum Theil wohl auch durch die Discussion in der Presse einige Aenderungen erfahren zu haben. Auf die Formulirung des Gesetzentwurfes selbst werden noch die weiteren Berathungen im Bundesrathe und seinen Commissionen, vielleicht auch die Gutachten der Börsenvorstände von Einfluß sein, so daß bis zur Veröffentlichung des Gesetzentwurfs noch weitere Wandlungen eintreten können. Nur der Vollständigkeit wegen verzeichnen wir inzwischen, daß eine Darlegung im B. L.-A. neben der Wiederholung einer Reihe schon bekannter oder selbstverständlicher Dinge auch die Versicherung bringt, die Haftung der Emissionshäuser solle im Gesetze unerwähnt bleiben, da man von einem Begriff über die durch das heutige Civilrecht schon jetzt gezogenen Grenzen Abstand nehme; ferner, daß das Börsenregister nur für Waaren vorgeschlagen werden soll, während seine Ausdehnung auf Werthpapiere lediglich in der „Begründung" einem besonderen Nachtragsgesetz vorbehalten werde für den Fall, daß das Register sich für die Productenbörse bewährt haben wird. Das wäre so ziemlich genau die Stellungnahme der Börsenenquete-Commission. Wir müssen natürlich dahingestellt lassen, ob wirklich die Reichsregierung die anfängliche Absicht, das Register sogleich auch für die Effectenbörse vorzuschlagen, schon jetzt aufgegeben hat. Wenn das Blatt weiter zu der von der Enquete-Commission vorgeschlagenen Beseitigung des Differenzeinwandes wissen will, diese Einrede solle nach wie vor dann Platz greifen, wenn anstatt der effectiven Erfüllung der bloße Differenzausgleich „ausdrücklich oder stillschweigend verabredet war", so müssen wir aufmerksam machen, daß dies an dem gegenwärtig bestehenden Zustande kaum etwas ändern würde. Die „ausdrückliche" Differenzclausel kommt bekanntlich in der Praxis nicht vor, aber die gerichtlichen Entscheidungen haben „stillschweigende Verabredung" schon vielfach aus den begleitenden Umständen gefolgert, zum Theil mit so weit hergeholten Gründen, daß hieraus eine Rechtsunsicherheit erwachsen ist, deren Beseitigung in juristischen wie in Geschäftskreisen für dringlich erachtet wird.

*— **Deutsche Asphalt-Actien-Gesellschaft.** In der letzten Aufsichtsrathssitzung wurde, wie die Verwaltung mittheilt, eine Bilanzaufstellung für die ersten neun Monate vorgelegt. Darnach läßt sich übersehen, daß ein befriedigendes Resultat zu erwarten ist, welches die Vertheilung einer Dividende von mindestens 7 Proc. ermöglicht. Die Ausdehnung der Fabrikation von Mastix und deren Verwerthung nach dem Auslande hat einen Aufschwung erfahren, die eigenen Arbeiten in Gußasphalt haben ebenfalls einen größeren Umfang angenommen, ebenso die Arbeiten für Stampfasphalt. Da der Schwerpunct des Stampfasphalt-Geschäftes sich im Laufe der Jahre immer mehr nach Berlin verschoben hat, so hatte sich in dieser Voraussicht, wie bekannt, die Gesellschaft bei der Gründung der Actien-Gesellschaft, die aus der Asphaltfabrik F. Schlesing Nachf. hervorgegangen ist, zur Zeit mit 100 000 ℳ betheiligt. Der Aufsichtsrath hat, wie bereits mitgetheilt, beschlossen, von dem ihm zustehenden Recht auf Ankauf des noch nicht in seinem Besitze befindlichen Theiles der Actien der Asphaltfabrik F. Schlesing Nachf. Gebrauch zu machen und die Ausführung dieser Transaction einer zum 17. December d. J. einberufenen außerordentlichen General-Versammlung zur Beschlußfassung zu unterbreiten.

§ **Actien-Bauverein „Unter den Linden".** Wie uns mitgetheilt wird, hat der Actien-Bauverein „Unter den Linden" die nach der Straße Unter den Linden und der Behrenstraße gelegenen seit 1. Mai dieses Jahres disponibel gewesenen Räumlichkeiten an Herrn Johannes Gundlach zu Restaurationszwecken gegen eine feste Jahresmiethe von 60 000 ℳ auf die Dauer von drei Jahren, d. i. bis zum 1. Januar 1898, verpachtet.

*— **Deutsche Hypothekenbank (Actiengesellschaft), Berlin.** Vielseitigen Anfragen zufolge können wir mittheilen, daß oben genanntes Institut nicht beabsichtigt, ihre 4proc. Pfandbriefe weder jetzt noch in absehbarer Zeit zu kündigen oder zu convertiren.

*— **Crefeld-Uerdinger Eisenbahn.** Von einer der Verwaltung nahe stehenden Seite wird die Dividende für das laufende Jahr auf 6 Proc. (gegen 5 Proc. i. V.) geschätzt. Das Ergebniß soll ein derartiges sein, daß auch eine höhere Dividende zur Ausschüttung gelangen könnte; doch beabsichtigt die Verwaltung Rücklagen für die in Aussicht genommene Einführung des elektrischen Betriebes zu machen.

*— **Celler Schirmfabrik, vorm. Gebr. Hugo, Celle.** Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat die Gesellschaft mit einem Verlust von 4269 ℳ (i. V. 691 ℳ Gewinn) gearbeitet; dadurch und da für Abschreibungen 20 000 ℳ (wie im Vorjahre) erforderlich sind, erhöht sich die mit 40 512 ℳ übernommene Unterbilanz auf 64 782 ℳ bei 1 050 000 ℳ Actiencapital.

*— **Die Spinnerei an der hohen Mark bei Oberursel**, deren Unterbilanz Ende 1893 224 894 ℳ betrug, plant eine Sanirung durch Herabsetzung des Actiencapitals von 750 000 ℳ auf 600 000 ℳ.

*— **Liesinger Brauerei.** Der Verwaltungsrath der Liesinger Brauerei hat beschlossen, der General-Versammlung vorzuschlagen, für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 4 fl., gegen 5½ fl. im Vorjahr, zu vertheilen. Für das laufende Betriebsjahr haben sich die Dividenden-Aussichten in Folge der niedrigen Hopfen- und Gerstenpreise wieder gebessert.

§ **Hamburg-Südamerikanische Dampfschifffahrts-Gesellschaft.** Das bisher 3 375 000 ℳ betragende Actiencapital dieser Gesellschaft ist, wie wir hierdurch richtig stellen wollen, durch Beschluß der General-Versammlung vom 30. November nicht auf 15, sondern auf 7½ Millionen Mark erhöht worden.

§ **Die Actien-Bierbrauerei Marienthal in Hamburg** hat in dem mit dem 30. September 1894 beendeten Geschäftsjahre gebraut 79 540 hl (81 981 hl im Vorjahre), verkauft 80 024 hl (78 960 hl). Die Einnahmen bezifferten sich auf 1 537 507 ℳ (1 588 280 ℳ), die Betriebsausgaben erforderten 1 250 113 ℳ (1 283 717 ℳ), die Abschreibungen 98 702 ℳ (102 798 ℳ), der Reingewinn beträgt 190 680 ℳ (205 211 ℳ). Aus demselben erhalten die Actionaire 180 000 ℳ als Dividende von 10 Procent gegen 10½ Procent im Vorjahre; an Tantième werden 9880 ℳ (11 182 ℳ) gezahlt. Bei Ablauf des Betriebsjahres standen zu Buch das Grundstück mit 266 263 ℳ (266 263 ℳ), die Gebäude mit 1 276 587 ℳ (1 316 069 ℳ), die Maschinen mit 115 917 ℳ (122 777 ℳ), die Vorräthe an Bier mit 302 645 ℳ (298 867 ℳ), die Reservefondseffecten mit 180 642 ℳ (180 642 ℳ), die Debitoren mit 450 791 ℳ (411 568 ℳ), davon gegen Deckung 306 173 ℳ (262 161 ℳ). Das Actiencapital beziffert sich unverändert auf 1 800 000 ℳ, an Prioritäten waren 1 192 000 ℳ (1 244 300 ℳ) in Umlauf, die Creditoren beziffern sich auf 50 896 ℳ (58 798 ℳ).

*— **Actien-Bierbrauerei Itzehoe (vorm. Bachmann & Wiese).** Die General-Versammlung hat beschlossen, den im Jahre 1893/94 in Höhe von 31 280,30 ℳ betragenden Reingewinn wie folgt zu verwenden: dem Reservefonds 1564,01 ℳ, 5 Proc. Dividende 27 500 ℳ, Tantième 1797,32 ℳ, Vortrag auf das neue Jahr 418,97 ℳ.

*— **Unlautere Concurrenz im Cementgeschäft** macht sich nach einer Mittheilung des Vorsteheramtes der Kaufmannschaft in Memel bemerkbar. Nach den allgemeinen Lieferungsbedingungen wird Cement in Fässern von 180 kg Brutto verkauft. Es haben sich aber Cementfabriken dazu hergegeben, Fässer von 160 kg Brutto herzustellen. Diese Packung wird, weil um 20 kg weniger wiegend, von der Fabrik entsprechend billiger abgegeben. Der Käufer, welcher per Faß abschließt, ist nun häufig in Unkenntniß davon, daß Cement in verschiedener Packung geliefert wird, und er glaubt 180-kg-Fässer zu erhalten, während der betreffende Lieferant zu einem niedrigeren als dem ortsüblichen Preise, der die Gewichtsdifferenz von 20 kg aber nicht deckt, nur 160 kg im Faß liefert.

*— **Bürgerbräu Ludwigshafen a. Rh.** Nach Abschreibungen im Betrage von 31 563,83 ℳ resultirt für 1893/94 ein Reingewinn von 29 347,87 ℳ, von welchem laut Beschluß der General-Versammlung eine Dividende von 4 Proc. an die Actionaire zur Vertheilung gelangt.

*— **Actienbrauerei Kempten in Bayern.** Der Gewinn im Jahre 1893/94 beziffert sich auf 108 314,87 ℳ. Gemäß Beschluß der General-Versammlung gelangen 22 449,06 ℳ als Abschreibungen zur Verwendung, dem Reservefonds werden 3698,29 ℳ überwiesen, die Prioritäts-Actien und Actien erhalten je 5 Proc. Dividende gleich 42 500 ℳ, dem Director und Aufsichtsrathe werden Tantièmen in Höhe von 7234,50 ℳ gewährt, auf Obligations-Unkosten-Conto gelangen 8392,50 ℳ zur Abschreibung, auf Dubiose werden 1545,53 Mark abgeschrieben, die Angestellten erhalten 1500 ℳ als Gratificationen und der Extra-Reservefonds wird mit 9000 ℳ dotirt.

*— **Nürnberger Actien-Bierbrauerei, vorm. Heinr. Henninger.** Da die nicht umgewandelten Actien der Gesellschaft weder Stimmrecht in der General-Versammlung noch Dividendenbezugsrecht haben, werden dieselben aufgefordert, dieselben behufs Umwandlung bei der Direction in Nürnberg oder bei der Bankfirma Julius Samelson in Berlin Nr. 23 Unter den Linden einzureichen.

Augsburg, 23. November. Die Verwaltung der Actienbrauerei Hasé vorm. Köch in Augsburg beantragt die Vertheilung von 6 Proc. Dividende.

*— **Actienbrauerei zum Eberl-Faber, München.** Die Bilanz pro 1893/94 ergiebt einen Bruttogewinn von 221 849 ℳ. Hiervon sind jedoch in Abzug zu bringen 37 607 ℳ außerordentliche Ausgaben, welche durch die Regelung der Hypothekenverhältnisse rc. entstanden sind. Von dem verbleibenden Reingewinn mit 184 247 ℳ sollen verwendet werden: 57 097 ℳ zu statutarischen Abschreibungen, 6872 ℳ zur Dotirung der ordentlichen Reserve, 72 000 ℳ zur Vertheilung von 6 Proc. Dividende auf die Prioritätsactien für die Jahre 1892/93 und 1893/94, 4206 ℳ zur Dotirung des Delcredere-Contos und 44 515 ℳ zu außerordentlichen Abschreibungen. Der Gewinn betrug im Vorjahre 182 180 ℳ und ist somit der diesjährige ungeachtet der höheren Preise der Rohproducte und der erwähnten außerordentlichen einmaligen Ausgaben auf gleicher Höhe geblieben. Erzielt konnte dieses befriedigende Resultat durch eine Steigerung des Absatzes von 69 574 auf 72 779 hl werden.

Mannheim, 23. November. Eine in Karlsruhe stattgefundene Versammlung von Vertretern badischer Städte trat für die Schiffbarmachung des Oberrheins ein und verwarf das Canalproject.

*— **Mannheimer Versicherungs-Gesellschaft in Mannheim.** Wie bereits gemeldet, wird die Firma Jacob Landau demnächst die Actien dieser Gesellschaft an der Berliner Börse in den Verkehr bringen. Die Gesellschaft betreibt gegenwärtig See-, Fluß- und Landtransport-Versicherung. Das Actiencapital beträgt 8 Mill. Mark mit 25 Proc. Einzahlung. Der Capitalreservefonds beträgt 2 Millionen Mark und hat somit die Höhe des eingezahlten Actiencapitals bereits erreicht. Die Gesellschaft hat in den Jahren 1889/90, 90/91, 91/92 je 10 Proc., 1892/93 12½ Proc. und 1893/94 14 Proc. Dividende vertheilt. (Vergl. Inserat auf S. 8496.)

*— **Brauereigesellschaft vormals Meyer & Söhne, Riegel (Baden).** Nach Abschreibungen im Betrage von 98 838,39 ℳ verbleibt für das am 30. September abgelaufene Betriebsjahr ein Reingewinn von 239 202,26 ℳ. Hiervon werden den Rücklagen 1, 2, 4 und 5 101 260,60 ℳ überwiesen, die Gewinnantheile und Geschenke wurden auf 20 037,06 ℳ normirt, die Dividende beträgt 8 Proc. gleich 112 000 ℳ und auf neue Rechnung werden 5904,60 ℳ vorgetragen.

W-n. Prag, 23. November. **Prag-Duxer Bahn.** Obschon die Uebertragung des Eigenthums der Prag-Duxer Bahn in den Besitz der Staatsverwaltung schon seit Jahr und Tag vollzogen ist, ist dennoch aus dem Protocollar-Uebereinkommen vom 25. Juli 1892 eine wichtige Frage bisher nicht ausgetragen. Es ist dies die Uebernahme des Directors der Prag-Duxer Bahn durch den Staat. Paragraph 7 des erwähnten Uebereinkommens bestimmt Folgendes: Das Dienstpersonal der Prag-Duxer Bahn wird von der Staatsverwaltung mit seinen bis zum Zeitpuncte der Bahneinlösung erworbenen Rechten übernommen, wogegen der Staatsverwaltung die Verwahrung und Verwaltung der bestehenden humanitären Fonds im Sinne der einschlägigen Statuten-Bestimmungen auch fernerhin verbleibt. Ungeachtet dieser Bestimmung des Uebereinkommens weigert sich die Staatsverwaltung, den Director der Prag-Duxer Bahn zu übernehmen bezgl. die Bezüge desselben aus Eigenem zu bestreiten. Da diese strittige Frage auf gütlichem Wege nicht gelöst werden konnte, hat sich die Verwaltung der Prag-Duxer Bahn entschlossen, die Entscheidung der Gerichte anzurufen. Der Vicepräsident der Gesellschaft, Herr Dr. Fellis, wurde vom Verwaltungsrathe beauftragt, die Klageschrift beim k. k. Landesgerichte zu überreichen, was auch inzwischen geschehen ist. Das k. k. Landesgericht hat sich indeß in der Frage für incompetent erklärt und das k. k. Handelsgericht als das maßgebende Forum bezeichnet. In Folge Berufung der klageführenden Bahn entschied das Oberlandesgericht, daß das Landesgericht über die Klage in merito zu entscheiden habe, wogegen jedoch die Finanzprocuratur Namens des Aerars die Revisions-Beschwerde beim obersten Gerichtshofe einbrachte. Die Entscheidung in der Competenzfrage wird nun der oberste Gerichtshof zu fällen haben.

Wien, 23. November. Mit Rücksicht auf die Bestrebungen, mittelst marktschreierischer Publicationen in den öffentlichen Journalen, in eigenen Börsenblättern rc. das Publicum zu Börsenspeculationen zu verleiten, beschloß die Börsenkammer einstimmig, Personen oder Firmen, welche sich einer solchen, die allgemeinen Interessen, sowie die Interessen und das Ansehen der Börse schädigenden Handlungsweise schuldig machen, je nach Beurtheilung des einzelnen Falles von dem Börsenbesuche auszuschließen, eventuell solche Vorkommnisse in die Oeffentlichkeit zu bringen. Die Börsenkammer beschloß ferner, daß mit Rücksicht auf die geänderten Währungsverhältnisse die bisherige Notirung von Silber und Silberrentencoupons wegfallen solle.

Wien, 23. November. Das „Amtsblatt" publicirt die den Firmen Hardt & Co., Wien, und Gebr. Bartelmus & Wille in Brünn ertheilte Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma Actien-Gesellschaft der Emaillirwerke und Metallwaarenfabriken Austria.

*— **Der December-Coupon österreichisch-ungarischer Werthpapiere.** Am 1. December werden Coupons im Gesammtbetrage von 15,4 Mill. Gulden fällig, und zwar 2,912 Mill. Gulden in Noten, 28,68 Mill. Kronen, 0,885 Mill. Mark und 0,226 Mill. Francs.

*— **Das Lloyd-Cartel.** Das Cartel zwischen dem österreichischen Lloyd und der kleinen dalmatinischen Schifffahrts-Gesellschaft läuft mit Ende dieses Monats ab. Da sich dasselbe während seiner einjährigen Dauer bewährte, wurde dessen Erneuerung, bezw. Verlängerung bis Ende 1895 beschlossen.

*— **Graz-Köflacher Eisenbahn.** Die Verhandlungen der österreichischen Regierung mit der Verwaltung der Graz-Köflacher Eisenbahn wegen der Conversion der Prioritäten der Gesellschaft beginnen in der nächsten Zeit. Bei diesem Anlaß soll auch die Einlösungsfrage erörtert bezw. für die Regierung das Recht zur Einlösung der Hauptlinie erworben werden.

Mailand, 23. November. Das Institut, das unter Mithilfe der bekannten Bankengruppe aus der Banco di Genova hervorgeht, wird unter der Firma Italienische Creditanstalt errichtet mit dem Hauptsitze in Genua und mit Zweiganstalten in Mailand und Turin. — Die Verhandlungen wegen Uebernahme der Liquidation der Banca Generale dauern einstweilen noch fort; die nächsten Tage dürften die Entscheidung bringen.

*— **Prince Henribahn.** Der „Côte Libre" geht aus Luxemburg heute ein längerer Bericht über die Ertheilung der Concession für die Linie Luxemburg-Petange zu, aus welcher hervorgeht, daß nicht nur die „Lebensinteressen" der Prince Henribahn, sondern auch politische Interessen die luxemburgische Regierung veranlaßt haben, der Prince Henribahn die Concession zu ertheilen. „Sie mußte auch den Sympathien des Publicums Rechnung tragen, die der Prince Henribahn, deren Geschäftssprache das Französische ist, gewonnen sind." Zum Schlusse heißt es: „Die Linie Luxemburg-Petange wird in Petange an die Minettlinie Esch-Petange angeschlossen; sie muß in zwei Jahren fertig gestellt sein. Der Ardenner Eilzug, welcher stündlich 85 km zwischen Paris und Reims zurücklegt, wird alsdann auf der neuen und vortrefflichen Linie [illegible] in 20 Minuten die Entfernung von der französischen Grenze bis nach Luxemburg durchschreiten."

P. C. Lissabon, 19. November. Die Finanzlage Portugals weist eine erfreuliche Tendenz zur Besserung auf. Nach dem von dem Ministerpräsidenten und Finanzminister, Herrn Hintze-Ribeiro, in der Deputirtenkammer entwickelten Exposé stehen für das Jahr 1893/94 48 046 Contos Ausgaben (1 Conto = 5000 Frcs.) 46 157 Contos Einnahmen gegenüber, was ein Deficit von blos 1889 Contos ergiebt gegen ein Deficit von 16 000 Contos im Finanzjahre 1891/92. Im Voranschlage pro 1894/95 werden die Einnahmen mit 47 509 Contos und die Ausgaben mit 47 324 Contos berechnet, so daß sich sogar ein kleiner Ueberschuß ergeben würde, falls diese Berechnung sich als richtig erweisen sollte. Um die Consolidirung der portugiesischen Finanzen zu einer dauernden zu machen, brachte die Regierung acht Gesetzesvorschläge ein, die sich auf die Einführung neuer oder die Erhöhung der schon bestehenden Steuern beziehen oder auf einem anderen Wege das Gleichgewicht im Budget zu erhalten bestimmt sind. Diese Vorlagen betreffen: die Haus- und Grundsteuer, die Luxussteuer, die Erbschaftssteuer und die Hypothekensteuer; ferner die Reorganisirung des Personalstandes der Finanzbeamten, die Rectificirung des Alkohols, das Zündhölzchenmonopol und die Modificirung des allgemeinen Zolltarifs. Letztere Vorlage hat auch für das Ausland einiges Interesse. Der österreichisch-ungarische Handel wird durch dieselbe allerdings nur in sehr geringem Maße berührt.

Lissabon, 23. November. Die Händler in Weinen und getrockneten Früchten haben in einer Petition an den König um den Abschluß eines Handelsvertrages mit Deutschland gebeten.

*— **Russische Handelsnachrichten.** Für die am russischen Zucker-Cartel betheiligten Fabriken ist die Productionsnorm auf 24 215 113 Pud festgestellt. Dazu kommen 2 616 640 Pud von den nichtcartellirten Unternehmungen und mehrere Millionen Pud vorjähriger Production. Insgesammt wird der innere Consum auf 28 Millionen Pud geschätzt; zur Ausfuhr sollen 6 307 925 Pud gelangen. — Das russische Departement für Maß und Gewicht beschäftigt sich gegenwärtig erneut mit dem Plane, die russischen Maße und Gewichte den in Westeuropa üblichen Bezeichnungen anzupassen. In welcher Weise eine größere Einheitlichkeit für den internationalen Handel in dieser Richtung zu erzielen ist, darüber ist man noch nicht einig, doch hofft man zu einem acceptablen Ausweg zu gelangen. Das vom Departement ausgearbeitete Project soll demnächst einer Commission von Specialisten zur Begutachtung unterbreitet werden.

P. C. Branntweinmonopol in Rußland. Wie man uns aus Petersburg meldet, wird die russische Regierung demnächst mit einem Aufwande von 10 Millionen Rubeln vorbereitende Maßregeln zur Einführung des Branntweinmonopols treffen, beziehungsweise die Herstellung der hierfür erforderlichen Anlagen in Angriff nehmen. Diese Maßnahmen werden außer dem Königreiche Polen noch die Gouvernements Bessarabien, Cherson, [illegible], Ekaterinoslaw, Grodno, Kiew, Kowno, [illegible], Minsk, Mohilew, Podolien, Poltawa, Wilna, Witebsk und Wolhynien umfassen.

*— **Vom Baumwollmarkte.** Die letzte Neill'sche Schätzung der amerikanischen Ernte in Baumwolle ging auf 10½ Millionen Ballen und erregte eine solche Verblüffung auf Seite der Spinner, daß diese den Einkauf auf den dringendsten Bedarf beschränkten. In Fachkreisen wird darauf hingewiesen, daß im Jahre 1892 aus gleichen Ursachen, aber bei höheren Preisen die Reduction des Anbau-Areals 15—20 Proc. betragen habe, was eine Reduction des Ertrages von 2½ Millionen Ballen und eine Preissteigerung von 2 d herbeiführte. Die Berichte aus Egypten lauten günstig, die dortige Ernte wird auf 544 Millionen Pfund geschätzt, das ist 3 Proc. mehr als im Vorjahre, die Qualität dagegen soll namentlich an Reinheit hinter der vorjährigen zurückstehen. Der Weltvorrath beträgt gegenwärtig 3 456 000 Ballen gegen 3 380 000 im Vorjahre.

Buenos-Ayres, 20. October. Die von italienischen Ansiedlern in den letzten Jahren entdeckten Goldminen in Chubut beginnen Gegenstand größeren Interesses auch in den hiesigen Capitalistenkreisen zu werden. So hat sich im Laufe der verflossenen Woche eine Actiengesellschaft zur Ausbeutung der Alluvial-Goldminen des Rio Corintos gebildet, für welche der Inhaber, Herr Alexander Curt von Henking, eine Reihe deutscher, englischer und hiesiger Capitalisten zu gewinnen verstanden hat. In denselben Tagen fand sich ein anderes Syndicat zusammen, dem die Herren O. Bemberg, E. Gminner aus London u. A. angehören, welches dem Wiener Herrn David Richards die Mittel (25 000 $) zur Exploirung der an dem Rio Corcovado entdeckten Goldlager vorstreckt. Andere, gleichfalls von hier aus organisirte Expeditionen nach dem Süden von Chubut (Umgebung von Lago Fontana) sind schon vor einiger Zeit nach Patagonien abgegangen, so daß erwartet werden kann, daß der nächste Sommer der Minenindustrie in dem fernen Süden einen neuen Impuls bringen werde.

Charters-Towers, 21. November. (Kabel-Telegramm der „Day Dawn P. C. Gold Mining Company".) Gold. Vierzehntägige Ausbeute aus 232 t Quarz 645 Unzen Gold.